

Die Pro-Credit-Bank will an die Frankfurter Börse

Das auf Osteuropa spezialisierte Institut strebt eine Notierung an. Ein öffentliches Angebot ist derzeit noch nicht geplant. Ziel ist ein flexibler Zugang zu Investoren.

maF. FRANKFURT, 7. Dezember. Eine Bank mit Hauptsitz in Frankfurt will an die Börse. Das ist in diesen Zeiten ungewöhnlich. Ebenso ungewöhnlich ist der Umstand, dass das Institut stetig wächst und ertragsstark ist. Dementsprechend genießt es das Vertrauen seiner Anteilseigner. Vor wenigen Wochen stellten Kernaktionäre wie die staatliche Förderbank KfW oder die zur Weltbank gehörende International Finance Corporation (IFC) frische Mittel von 31,9 Millionen Euro bereit, um das Wachstum zu finanzieren.

Die Verhältnisse bei der im Frankfurter Stadtteil Bockenheim beheimateten Holding der Pro-Credit-Gruppe sind bescheiden, aber Bescheidenheit gehört zum Markenkern des Instituts. Im Mittelpunkt des Geschäftsmodells steht die Finanzierung von kleinen und mittelgroßen Unternehmen in Ost- und in Südosteuropa. Nun will die Holding, die von Frankfurt aus die Gruppe steuert, an die Frankfurter Wertpapierbörse. Nach Informationen dieser Zeitung wird eine Notierungsaufnahme im regulierten Markt (Prime Standard) angestrebt. Dabei handelt es sich um eine sogenannte technische Listung, weil mit dem Börsengang kein öffentliches Angebot neuer Aktien vorgesehen ist. Vielmehr dient die Börsennotierung dazu, den Zugang zu neuen Investoren zu erleichtern. Man verspricht sich davon einen flexibleren Zugang und dürfte wohl eine Kapitalerhöhung für einen späteren Zeitpunkt im Blick haben. Den Börsengang begleitet die Berenberg Bank.

Vorstandsmitglied Borislav Kostadinov berichtet im Gespräch mit dieser Zeitung von einem stabilen und profitablen Wachstum der Gruppe in ihrem Kernsegment. Er beschreibt die Pro Credit als „Hausbank“ für kleine und mittlere Unternehmen mit Schwerpunkt in Südost- und Osteuropa. Zum 30. September belief sich die Bilanzsumme auf 6 Milliarden Euro. Die ausstehenden Kredite machten 3,6 Milliarden Euro aus und die Kundeneinlagen 3,3 Milliarden Euro. Zwischen den Jahren 2013 und 2015 steigerte die von der deutschen Finanzaufsicht Bafin und der Bundesbank beaufsichtigte Bankengruppe die Eigenkapitalrendite von 7,7 auf 10,5 Prozent. In diesem Zeitraum stieg der Nettogewinn von 37 Millionen auf 60 Millionen Euro.

Ende September arbeiten für die Gruppe 4212 Mitarbeiter. Ende 2013 waren es noch mehr als 11 000. In der Zwischenzeit wurde das durchschnittliche Kreditvolumen je Mitarbeiter von 363 000 auf 846 000 Euro mehr als verdoppelt. Die



Pro-Credit-Filiale in Chisinau: Auch in der Hauptstadt von Moldau ist die Bankengruppe vertreten.

Foto Pro Credit Bank

Pro-Credit-Gruppe muss in diesem Jahr 0,69 Euro aufwenden, um einen Euro zu verdienen. Vor drei Jahren waren dafür noch 0,75 Euro nötig.

Mit 92 Prozent entfällt der Löwenanteil der Kredite auf Firmenkunden. An Privatkunden, oftmals auch die Eigentümer der Unternehmen, wurden 8 Prozent der Darlehen vergeben. Die Pro-Credit-Gruppe hat ihren Schwerpunkt in Südosteuropa. Auf die in Bulgarien, Serbien, Albanien, im Kosovo, Mazedonien, Bosnien und Rumänien tätigen Tochtergesellschaften entfallen insgesamt 70 Prozent der Kredite. Ein Fünftel tragen die Banken in Georgien, Moldau und der Ukraine bei. Auf die Einheiten in Südamerika, Ecuador und Kolumbien entfallen 8 Prozent und die restlichen 2 Prozent auf Deutschland, hier vor allem im Bereich erneuerbare Energien.

In diesem Jahr eröffnete die Pro-Credit-Bank Niederlassungen in der nordgriechischen Stadt Thessaloniki. Das Euro-Krisenland, vor allem die Region um Thessaloniki, passt in das Muster der Pro-Credit-Gruppe. Denn die dort tätigen Unternehmen sind vernetzt mit Handelspartnern aus Bulgarien oder Serbien. Zudem gibt es in Nordgriechenland Familienunternehmen mit langer Tradition, die aufgrund ihrer Selbstdisziplin („Gürtel enger schnallen“) die Krise ihres Landes überstanden hätten.

Eine Frage, die Kostadinov gerne beantwortet, ist die nach den Kreditrisiken. In den osteuropäischen Kernmärkten machten die ausfallgefährdeten Kredite im vergangenen Jahr 6,3 Prozent der gesamten Forderungen aus. Die in dieser Region tätigen Banken aus Westeuropa schnitten nach seinen Angaben im Vergleich dazu meist schlechter ab. Die tatsächlichen Abschreibungen beliefen sich 2015 laut Kostadinov auf 0,8 Prozent.

Die Pro-Credit-Gruppe hat ihre Wurzeln in der Mikrofinanzierung. Der Aufsichtsratsvorsitzende Claus-Peter Zeitinger hatte vor 24 Jahren das entwicklungspolitische Beratungsunternehmen IPC gegründet und damit die Wurzeln der heutigen Pro Credit gelegt. Die IPC heißt heute Zeitinger Invest und zählt zu Kernaktionären der Pro-Credit-Gruppe, ebenso wie die Mitarbeiterbeteiligungs-Gesellschaft Pro Credit Staff Invest, die KfW, die Weltbank-Einheit IFC und die Stiftung Doen, die von niederländischen Lotteriegesellschaften gegründet wurde.

Diese halten die Mehrheit an der als Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) konstruierten Pro Credit Holding. Die von ihnen kontrollierten 62 Prozent entfallen zu 17,5 Prozent auf die Zeitinger Invest, zu 14,5 Prozent auf die KfW, zu 13,8 Prozent auf Doen, zu 11,0

Prozent auf IFC und zu 5,2 Prozent auf die Mitarbeiter. Darüber hinaus bilden die Kernaktionäre auch die Pro Credit General Partners AG, die als Komplementär die alleinige Verantwortung über das Management der Gruppe trägt und für deren Schulden haftet. Mit dieser Struktur soll der entwicklungspolitische Auftrag auf Basis sozialer und ökologischer Standards gesichert werden.

Anfang November zeichneten KfW, IFC, Doen sowie der auf Entwicklungsländer ausgerichtete Vermögensverwalter Respons-Ability und der Mikrofinanzierungsfonds Omidyar-Tufts neues Kapital über 31,9 Millionen Euro bereit. Sie erwarben die 2,7 Millionen neuen Aktien zu einem Preis von 11,73 Euro je Titel. Mit einem Eigenkapital von 611 Millionen Euro erfüllt die Pro-Credit-Gruppe die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen.